

CH_VB 20018963 vom 19. September 1990

Bundesverwaltung, 1990-09-19, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20018963__td_

FR: CH_VB 20018963 du 19 septembre 1990

IT: CH_VB 20018963 del 19 settembre 1990

Erwägungen

E. 19

septembre 1990 site un certain nombre de pays en Europe et elle a tenu à s'ar- rêter à Berne. Nous en sommes très heureux et nous souhai- tons à nos collègues australiens un très bon séjour en Suisse et des débats fructueux. (Applaudissements) Euler: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Bundes- beschluss für einen vierjährigen Rahmenkredit von 3,3 Milliar- den Franken zu. Ich gestatte mir aber einige Bemerkungen zu dieser Botschaft, positive wie auch etwas kritische, anzubrin- gen. Positiv anzumerken ist die offene und ganzheitliche Betrach- tungsweise der Entwicklungshilfeproblematik, wie sie in der bundesrätlichen Botschaft zum Ausdruck kommt. Die Kom- mission für auswärtige Angelegenheiten hat denn auch diese Tatsache gelobt, und die sozialdemokratische Fraktion schliesst sich ihm an. Der gute Wille zur effizienteren Entwicklungshilfe der Schweiz lässt sich aber mit der politisch-wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht immer in Einklang bringen. In der Botschaft wird der Schaffung günstiger weltwirtschaftlicher Bedingungen das Wort geredet, für die die Industrieländer zur Hauptsache die Verantwortung zu tragen haben. Nun, tragen die Industrielän- der, trägt die Schweiz diese Verantwortung auch wirklich? Ich wage das zu bezweifeln. In der Botschaft wird auch von der Förderung des Transfers von geeigneter Technologie aus Industrieländern in die Ent- wicklungsländer gesprochen. Es wird gesagt, die Schweiz sei unter den Industrieländern einer der grössten Lieferanten von Technologie in die Entwicklungsländer und profitiere auch entsprechend davon. Zunehmend wird aber auf diesem Ge- biet die Frage der Patentschutzauswirkung zum Problem, vor allem als Barriere des Transfers für die Entwicklungsländer. Als Hauptproblem bleibt aber die schwerste Verschuldung der Dritten Welt. In der Botschaft wird richtig gesagt, dass in erster Linie den Regierungen der Industrieländer - also auch der Schweiz - bei der Lösung des Verschuldungsproblems eine wichtige Rolle zukommt. Man muss sich fragen: Kommen die Industrieländer, kommt die Schweiz dieser wichtigen Rolle wirklich nach? Die Verschuldung der Dritten Welt beträgt über 1000 Milliarden Dollar. Seit Anfang der siebziger Jahre war eine deutliche Privatisierung der Kapitalbeziehungen zu den Entwicklungsländern zu verzeichnen. Der Anteil der privaten Kredite an den Schulden der Entwicklungsländer stieg von ei- nem Fünftel auf fast die Hälfte an. Mit dem Ausbruch der offe- nen Schuldenkrise sackte der Anteil der privaten Kapitalflüsse wieder auf das Niveau von 1960 und der folgenden Jahre zu- rück. Die augenfälligste Auswirkung der Schuldenkrise zeigt sich in der Umkehr der traditionellen Kapitalflüsse. Seit 1984 zahlt die Dritte Welt den Industrieländern mehr an Schulden- dienst zurück, als sie an neuen Krediten erhält. An der Verschuldung der Dritten Welt ist der Finanzplatz Schweiz mitverantwortlich. Auch Schweizer Banken gewäh- ren grosszügige Kredite für Zwecke, die der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt mehr schaden als nützen. Für die Verwendung der Kredite an Entwicklungsländer galt bis- her die folgende Faustregel: Ein

Drittel der Kredite wurde für investive Zwecke verwendet. Er floss aber zu einem grossen Teil in Mammut- und Prestige-Objekte. Ein zweites Drittel der privaten Investitionen und Kredite verpuffte für konsumptive Zwecke, vor allem wenn die Kredite für die Luxusgüter der Elite verbraucht wurden. Das letzte Drittel schliesslich der Kapital- hingaben privater Art floss in der Regel als Fluchtkapital wie- der aus dem Land, in das es gegeben worden war. Dass er- hebliche Mengen dieser Fluchtgelder den Weg in die Schweiz fanden, ist längst bekannt. Der Finanzplatz Schweiz ist auch auf diese traurige Weise mit der Dritten Welt eng und verhäng- nisvoll verknüpft. Ich frage Sie: Was ist der Beitrag der Schweiz gegen die Kapitalflucht aus der Dritten Welt? Im Rahmen der gigantischen Verschuldung der Entwicklungs- länder ist auch der zur Debatte stehende Rahmenkredit von 3,3 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre zu würdi- gen. 3,3 Milliarden Franken scheinen auf den ersten Blick grosszügig und gegenüber der letzten Dreijahrestanche so- gar um 18 Prozent pro Jahr höher. Leider löst sich diese Erhö- hung bei näherer Prüfung praktisch in nichts auf, so dass nicht einmal die anvisierte Limite der OECD-Länder von 0,35 Pro- zent des Bruttosozialproduktes erreicht wird. Die Schweiz bleibt nominell weiterhin auf dem Satz von 0,30 Prozent hän- gen-für ein reiches Land zuwenig. Trotzdem ist der anbegehrte Rahmenkredit unbedingt zu be- willigen. Der Nord-Süd-Konflikt muss entschärft werden, und die Schweiz hat dazu noch einiges mehr beizutragen. Die sozi- aldemokratische Fraktion begrüsst deshalb das Postulat des Ständerates vom 21. Juni dieses Jahres, den Bundesrat zu be- auftragen, ein Leitbild zur Nord-Süd-Beziehung zu erarbeiten, um zu einer besseren Entwicklungspolitik zu gelangen. Zum Schluss möchte ich einige Worte unseres ehemaligen Ratskollegen Walter Renschler zitieren, der für unsere Fraktion vor drei Jahren zum vorangegangenen Entwicklungsrahmen- kredit sprach. Seine damaligen Worte sind auch heute sehr bedenkenswert. Ich darf zitieren: «Zum Schluss weise ich mit allem Nachdruck darauf hin, dass die Entwicklungszusam- menarbeit, die mit dem neuen Rahmenkredit weitergeführt werden soll, nur ein Instrument darstellt, um die wirtschaftli- chen und sozialen Verhältnisse in der Dritten Welt zu verbes- sern. Die Wirksamkeit dieses Instrumentes bleibt beschränkt, so- lange es keine Weltwirtschaftsordnung gibt, die kategorisch auf den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Entwicklungslän- dern und Industrieländern ausgerichtet ist. Zu einer solchen Weltwirtschaftsordnung gehören höhere Preise für die Roh- stoffe der Dritten Welt, Abbau von Handelsschranken, Schul- denerlass, Verhinderung der Kapitalflucht sowie konsequente Beschränkung der Investitionen und Kredite auf entwicklungs- politisch relevante Projekte. Statt die Dritte Welt als Eldorado der Profitwirtschaft auszunutzen, müssen die Entwicklungs- länder zum Prüfstein weltweiter sozialer Verantwortung wer- den. Nur so besteht eine echte Chance, Not und Elend auf der Welt abzubauen.» Dietrich: Vorerst möchte ich festhalten - und ich bitte Sie, dies zu bemerken -, dass die Journalistentribüne rechts während einer ganzen Stunde nicht besetzt war. Auf dieser Seite hat es kein Journalist für nötig befunden, bei diesem doch wesent- lichen Geschäft im Saal vorhanden zu sein. Vielleicht wird dann wieder einmal berichtet, dass wir nicht hier waren. Je re- mercie les journalistes romands qui portent beaucoup d'inté- rêt à ce sujet et qui sont présents aujourd'hui. Merci! Die Botschaft, die uns der Bundesrat vorbereitet und am

E. 21

Februar unterbreitet hat, ist auch in der christlichdemokra- tischen Fraktion als ausgezeichnet gewürdigt worden. Wir stimmen den Anträgen zu. Die Botschaft zeugt nicht nur vom beeindruckenden Ausmass der Vielfalt der Arbeit, die geleistet wird, sie zeugt auch vom Willen, die Projekte, die angegangen werden, auf ihren Erfolg zu prüfen,

Misserfolgen nachzugehen, Ursachen festzustellen und allfällige Fehler nicht ein zweites Mal zu begehen. Aber die Botschaft zeugt und das ist für mich das Wesentlichste von der Identifikation mit der Aufgabe; sie ist spürbar aus diesem sehr wertvollen Bericht-Identifikation vom Bundesrat über die Direktion bis zu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Felde. Ich bitte Sie, diese Botschaft, dieses Buch nach Verabschiedung des Geschäftes nicht wegzuwerfen, sondern aufzuwahren, denn sie enthält eine Fülle von Angaben, die wir gebrauchen können, vor allem in Diskussionen mit Mitbürgern, denn wir stellen fest, dass in Kreisen der Bevölkerung die Entwicklungshilfe, wie sie genannt wird, zum Teil immer noch suspekt ist. Hier haben Sie Fakten, hier können Sie Auskunft geben. Ich danke dem Bundesrat und der DEH für diese grosse Arbeit. Gestatten Sie mir einige Anmerkungen, die eher in die Zukunft gehen, nicht Stellung nehmen oder wiederholen, was im wesentlichen gesagt wurde. Wir haben mit Anteilnahme, aber auch mit einer gewissen Hilflosigkeit die Unctad-Konferenz in Paris verfolgt. 400 Millionen Menschen, die unter dem absoluten Minimum leben, 400 Millionen Menschen, die nicht genug zu essen haben, 400 Millionen Menschen, die den niedrigsten

19. September 1990 N 1421 Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe Bildungsstand der Welt aufweisen. Ich glaube, dass darin auch eine der wesentlichen Ursachen der Bevölkerungsexplosion liegt. Wenn es uns gelingt, den Menschen wenigstens etwas zu geben, das sie teilen können, wenn es uns gelingt, den Bildungsstand zu heben, wird auch die Bereitschaft zu einer effizienten Familienplanung auf freiwilliger Basis höher sein, denn wenn Menschen nichts durch viele Menschen teilen, dann bleibt nichts. Wenn aber etwas vorhanden ist, das man teilen kann, wird man rasch einmal feststellen, dass es besser ist, wenn vier oder fünf etwas haben als zehn nichts. Es beschäftigt uns auch die Entwicklung im Osten. Wir haben nicht nur das noch verschärfte Nord-Süd-Gefälle, sondern neu auch das West-Ost-Gefälle. Die Sowjetunion hat angekündigt, dass sie die Entwicklungs- und Finanzhilfe an dritte Staaten, d. h. auch an die Dritt- und Viertweltländer, einstellen will. Man hat Demonstrationen gesehen in russischen Städten, wo auf Transparenten stand: Lasst uns zu Afrika aufsehessen, lasst uns Afrika einholen! Das sind Symptome, die zeigen, dass die Verarmung auch in Ländern des Ostens zunimmt. Die Flüchtlingsströme, die Migrationsbewegungen, wie sie vor allem auch Herr Burckhardt geschildert hat, bewegen uns; wir sind uns bewusst, dass unser Beitrag in Zukunft noch steigen muss. Wenn wir die Menschenrechte geniessen und wünschen, dass alle Menschen diese Rechte geniessen, so gibt es daneben eben auch Menschenpflichten. Ich denke, diese Menschenpflichten werden von uns in Zukunft noch mehr fordern. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, dass die DEH im Zusammenhang mit allen Anstrengungen die personellen Probleme lösen kann, denn Geist ist in dieser Tätigkeit mindestens so wichtig wie Geld. Wir haben bis heute den Beweis erhalten, dass die Zusammenarbeit der staatlichen Organisationen mit den sehr effizienten schweizerischen Hilfswerken eine gute Lösung ist. Ich hoffe, dass mit der Anstellung nach privatrechtlichem Statut, die vielversprechend tönt, gute Erfahrungen gemacht werden. Ich denke aber auch an die Rolle der Fünften Schweiz - an die Auslandschweizer-, die an Ort und Stelle sehr Wesentliches, nicht nur an Informationen, sondern an tatkräftiger Arbeit, leistet und bin der Meinung, dass wir die Organisation der Auslandschweizer auch entsprechend stärken müssen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Zum Schluss noch eine Anregung, die sowohl an die Büros beider Räte geht, aber auch an den Bundesrat, an uns alle. Wir beschäftigen uns während verschiedener Monate in verschiedenen Räten, in verschiedenen Sessionen, in verschiedenen Kommissionen mit Geschäften, die in engem Zusammenhang

stehen. Rahmenkredit für die wirtschafts- und handelspoliti- schen Massnahmen, Entlastung der Exportrisikogarantie, technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe, Hilfe an die Aus- länder, Entschuldungspetition, IWF usw. All diese Geschäfte stehen in einem Zusammenhang. In der Wirtschaft spricht man heute von vernetztem Denken. Wenn wir mehr vernetzt denken würden, könnte man beispielsweise diese Problema- tik, diese Zusammenhänge, in einem zweitägigen Seminar mit Einsatz moderner Hilfsmittel beiden Räten gemeinsam darle- gen und würde so die Zusammenhänge aufzeigen. Ich bin überzeugt, wir würden sehr viel Zeit gewinnen. Ich denke an die Jahrestagung der DEH, ich denke an die Jahrestagungen des Katastrophenhilfekorps, wo diese Hilfsmittel vorhanden sind und auch eingesetzt werden; ich möchte dies als Anre- gung geben. Die Christdemokraten stimmen diesem Kredit zu. Wir sind der Meinung, dass auch dem Antrag von Herrn Spalti zugestimmt werden soll. Die Grundsätze der Entwicklungshilfe, wie sie 1976 formuliert und vom Parlament genehmigt wurden, sind nach wie vor gültig und aktuell, und die Entwicklungshilfe ori- entiert sich an praktischen und konkreten Projekten.

Rychen: Ich möchte im Namen der Fraktion dem Bundesrat sehr herzlich danken für die sehr gute Botschaft, die detailliert, sehr aufschlussreich und interessant- persönlich möchte ich sogar sagen, hervorragend - ist. Die Probleme der Entwick- lungshilfe, ihre Unzulänglichkeiten und Fragwürdigkeiten, sind hinlänglich bekannt. Sie liegen nämlich in der Natur der zu bewältigenden Aufgabe. Die SVP bekennt sich zur Solidari- tät mit der Dritten Welt, mit den Entwicklungsländern. Diese Solidarität ist wichtig und auch notwendig. Die Höhe der Hilfe entsprach in der Vergangenheit nicht ganz der Bedeutung der internationalen Verflechtung der Schweiz. Die Vorlage, die wir heute beraten, will, dass wir pro Jahr 125 Millionen mehr an Entwicklungshilfe ausgeben. Bisher haben wir für drei Jahre einen Kredit von 2,1 Milliarden gespro- chen, die neue Vorlage sieht für eine 4jährige Periode 3,3 Milli- arden vor, das bedeutet also eine Steigerung pro Jahr von 700 Millionen bisher auf neu 825 Millionen. Dieser Erhöhung stimmt die SVP zu. Der Vergleich im internationalen Bereich sieht wie folgt aus: Die OECD setzt 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes zum Ziel, die Schweiz kommt mit dieser Vorlage jetzt ungefähr auf 0,35 Prozent. Ein Vergleich: Die durchschnittlichen Werte der westeuropäischen Industriestaaten liegen im Moment bei 0,5 Prozent des Bruttosozialproduktes. Allerdings - das müs- sen wir aus unserer Sicht auch sagen - sind solche Vergleiche problematisch. Weil beispielsweise mit diesen Prozentsätzen nur die staatliche Hilfe berücksichtigt wird und die privaten An- strengungen dabei nicht in Betracht gezogen werden, weil die Qualität, die Wirksamkeit der technischen Zusammenarbeit nicht berücksichtigt wird - und dies scheint uns ein sehr zen- trales Problem zu sein. Wir stellen mit Befriedigung fest, dass im internationalen Vergleich das Schweizer Rezept, die Schweizer Methoden für die Entwicklungshilfe im grossen und ganzen gut abschneiden. Allerdings möchten wir auch eine Kritik anbringen an der Poli- tik, die die Schweiz im Moment betreibt. Kein einziges Schwer- punktland im Entwicklungshilfeprogramm der Schweiz erhält in absoluten Zahlen soviel bilaterale Hilfe wie Indien, nämlich 193 Millionen Franken. Dies sind über9 Prozent der gesamten bilateralen Hilfe, und damit weit mehr, als die Schwerpunk- hilfe an alle lateinamerikanischen Länder. Unbestrittenermas- seji ist die Armut in Indien sehr gross. Indien ist aber gleich- zeitig ein mit hochtechnologischen Gütern - insbesondere Rü- stungsgütern - ausgestattetes Land, eine Atommacht, ein Land der Raketentechnologie, ein Land der riesigen sozialen Gegensätze. Da stellen wir doch die kritische Frage: Ist es be- rechtigt, Indien derart zu bevorzugen im Vergleich zu ändern Ländern, die ebenfalls riesige Probleme haben? Diese Frage stellen wir hier bewusst, und wir sind gespannt, wie Herr

Bundesrat Felber darauf antwortet. Eine Entwicklungshilfe ohne Fehler gibt es nicht, die kann es nicht geben, dazu müssen wir stehen. Aber wir müssen als Politiker auch zur Kenntnis nehmen, dass es in der Bevölkerung immer wieder kritische Bemerkungen gibt, z. B. wegen der Hilfe an Länder, bei denen man ganz genau weiss, dass deren Regierungen oder besser gesagt Regimes korrupt sind, völlig ihr Volk unterdrücken, und ihr eigenes zur Verfügung stehen- des Geld für alles andere als für die Hilfe an die eigene Bevölkerung verwenden. Solchen Regimes gegenüber ist besondere Vorsicht geboten, weil immer wieder das ungute Gefühl vorhanden ist, dass entwicklungspolitische Anstrengungen unseres Landes durch solch korrupte Regimes zunichte gemacht werden. Das Grundproblem der Entwicklungshilfe liegt aber anderswo. Ich rede von der Bevölkerungsentwicklung. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen anderen Begriff verwenden: Bevölkerungsexplosion. Diese Bevölkerungsexplosion ist die Hauptproblematik des nächsten Jahrhunderts für die ganze Menschheit. Dies ist eine Tatsache. Das Votum der grünen Fraktion hat zweifellos einige richtige Kritikpunkte gegenüber den Industrieländern angebracht, vor allem auch gegenüber dem Verhalten der Industrieländer. Aber das Votum war wohl auch überzogen. Wenn man alles, was auf dieser Welt falsch läuft und alles, was in der Dritten Welt falsch läuft, einfach umlegt auf die Schul- denseite der Ersten Welt, so ist diese Sicht wahrlich zu einfach. Man kann wirklich nicht jegliche Verantwortung für diese Fehl- entwicklungen nur den Industriestaaten zuschieben. Das Hauptproblem ist, dass diese Bevölkerungsexplosion jede Besserung, jeden Fortschritt, aber auch fast jede Hoffnung

Coopération technique et aide financière 1422 N 19 septembre 1990 wegfrisst. Da müssen die Entwicklungsländer ihren Beitrag auch leisten. Ich muss zuhause von Frau Bär sagen, dass Entwicklungshilfe, wie sie sie heute darstellt, in ihrer Problematik nicht einfach nur ein ökologisches oder ein ökonomisches Problem ist. Es ist auch ein moralisch-ethisches Problem. Es ist vor allem auch ein religiöses Problem. Bei diesen moralisch und vor allem religiös motivierten Verhaltensweisen in bezug auf die dringend notwendige Geburtenkontrolle, Familienplanung, Bevölkerungsplanung versagen fast alle Instrumente. Diese religiösen Kräfte sind sehr stark, und sie werden - zu meinem Bedauern - sogar aus unseren industrialisierten Ländern mit gewissen Ideen unterstützt. Das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Davor können und dürfen wir die Augen nicht verschliessen. Ich bitte den Bundesrat, dass er im Rahmen der technischen Zusammenarbeit dieser Problematik besondere Beachtung schenkt. Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Antrag von Kollege Spalti, damit wir dann nicht noch einmal ans Rednerpult kommen müssen: Wir werden diesen Antrag unterstützen. Wir sehen darin einen Sinn, dass diese Ergänzung in der Vorlage gemacht wird. Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Eintreten auf die Vorlage. Scheidegger: «Die Reichen speisen die Aermsten mit Worten ab.» So war vor drei Tagen nach einer Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder in den Zeitungen zu lesen. In der Tat, der Problemdruck in der Dritten Welt wird gerade angesichts der Irak-Krise, der Entwicklung in Osteuropa usw. noch höher, ja dramatisch. Hinter all den Zahlen und Statistiken über jene Länder verbirgt sich eine bei uns meist immer noch verdrängte Realität, die einen sehr kurzen Namen hat, nämlich: Not. Tag für Tag Kampf ums nackte Ueberleben. Der Mangel an Nahrung, Energie, Werkzeugen, Wissen, medizinischer Versorgung ist zudem vielfach gekoppelt mit Unterdrückung und Flüchtlingsproblemen. Den Aermsten dieser Welt geht es eben nicht besser, im Gegenteil. Dieser generellen Situation tragen Bericht und Antrag «Weiterführen der technischen Zusammenarbeit» des Bundesrates Rechnung. Einen besonderen Aspekt möchte ich hier

hervor- heben: Die Verstädterung in der Dritten Welt. Lebten zu Be- ginn des 19. Jahrhunderts von der damaligen Bevölkerung von 1000 Millionen Menschen knapp vier Prozent in Städten, so sind es heute von fünf Milliarden bereits 40 Prozent. Man rechnet, dass im Jahre 2025 von den acht Milliarden Men- schen dieser Welt die meisten in den Städten leben. Dieses Wachstum und diese Problematik sind .in akzentuierter Form in den Entwicklungsländern festzustellen. So rechnet man in Lateinamerika im Jahre 2000 mit 75 Prozent, die in Städten wohnen, in Asien mit 35 Prozent, in Afrika mit 40 Prozent. Diese Verstädterung ist mit vielen Problemen verbunden, ins- besondere dann, wenn die Städte vor allem durch die ländli- che Bevölkerung wachsen, und das städtische Wachstum nicht nur durch die Städte selbst gegeben ist. Dann wird die Problematik vielfach. Von diesen allgemeinen Problemen nun zu den spezifischen Analysen: Zwei Reisen führten mich in den letzten zweieinhalb Jahren nach Kamerun. Hauptziel war die Besichtigung von Entwick- lungsprojekten, in erster Linie von schweizerischen Entwick- lungsprojekten. Die kamerunische Hafenstadt Duala, wirt- schaftliches Zentrum des Landes, scheint zu explodieren. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Stadtbevölkerung alle acht bis neun Jahre verdoppelt. Ein Ende der zunehmenden Verstädterung Kameruns ist überhaupt nicht abzusehen. 1982 lebten 37 Prozent der Bevölkerung dieses Landes in Städten, und bald werden es 60 Prozent sein. Nach längeren Verhand- lungen unterzeichneten 1983 die Weltbank und die Schweiz einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit Kamerun, die eine sanfte Urbanisierung in der sogenannten Zone Nylon in Duala vorsah. Die Weltbank finanzierte mit einem Kredit von 20 Mil- lionen Dollar die Arbeit an städtischen Grossinfrastrukturen. Markantes Resultat der Schweizer Hilfe ist der grosse Ge- müse- und Warenmarkt im Quartier «Madagaskar», dessen Rohbau 1988 fertiggestellt wurde. Dort sollen dann 1000 Le- bensmittel- und Gebrauchsartikelhändler und 800 Kleinhänd- ler Platz und Verdienst haben. Dieser Markt ist nun seit bald zwei Jahren fertiggestellt, aber wegen offensichtlich zu zähflüssigem Schmiergeldfluss - ich kann es nicht anders sagen - noch immer nicht eröffnet. Damit werden das Projekt «Nylon» und die qualifizierten, vorläufig noch motivierten Entwicklungshelfer diskreditiert und entmu- tigt. Auch die Aussenwirkung auf die breite Bevölkerung in Duala ist sehr schlecht. Ich fordere den Bundesrat auf, dafür zu sorgen, dass dieses Millionenprojekt unverzüglich eröffnet wird. Die Zone «Nylon» ist eines der ganz wenigen Stadtentwicklungsprojekte, die von der Schweiz unterstützt werden. Selbstverständlich muss man sich fragen, ob damit nicht die Aktivität der Stadt zusätzlich erhöht und die Landflucht geför- dert wird. Ich meine, dass man die Landflucht vor allem dann bremsen kann, wenn man die Attraktivität der ländlichen Ge- biete erhöht, die nötigen Infrastrukturen bereitstellt und den Bauern gerechte Preise zahlt für ihre Produkte. Hier, Herr Rychen, ist eben Indien anzusiedeln. Dort wird eben auf dem Lande genau diese Hilfe gegeben, die immer noch nötig ist und mithilft, weiteres forciertes Städtewachstum und mithin Verslumung nicht zu verhindern, aber zu bremsen. Gleichzeitig zur ländlichen Entwicklung sind aber Projekte wie Nylon in Duala angesichts der geschilderten Urbanisierungs- tendenzen in der Dritten Welt in Zukunft noch nötiger, und der Bundesrat ist eingeladen, in dieser Richtung noch ein Ver- mehrtes zu tun. In diesem Sinne bin ich für Eintreten auf dieses Geschäft. Wiederkehr: Wenn wir Migrationen verhindern wollen, wenn wir wollen, dass die Menschen dort, wo sie ihre Wurzeln ha- ben, bleiben können, müssen wir endlich alle Kräfte in unse- rem Land zusammennemen, um einen Beitrag zu leisten und nicht - wie das Herr Mühlemann vorhin wieder getan hat - mit irgendwelchen ideologischen Unterstellungen herumwedeln. Dazu gehört auch, dass wir uns der Rolle der Familienplanung bewusst werden. Das geltende

Bundesgesetz für internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe hält als Ziel die Herstellung des ökologischen und demographischen Gleichgewichtes fest. De facto hat sich aber die Schweiz bisher in diesen Belangen immer vornehm zurückgehalten, um keine ethischen und nationalen Gefühle zu verletzen. Das schlägt sich auch auf die privaten Organisationen nieder: auf die Caritas zum Beispiel, die heute noch in Uganda und Ruanda, trotz der sehr grossen HIV-Positiven-Rate, trotz dem Skandal, bei dem man sehen kann, wie viele Aidskranke in den nächsten Jahren vorhanden sein werden, immer noch Familienplanung nur verschämt in einem Hinterzimmer und nicht öffentlich betreibt - von Kondomen wollen wir gar nicht reden -, um ja die ethischen Gefühle, vor allem jene des Papstes, nicht zu verletzen. Ich glaube, dass hier die von der Schweiz geförderte Entwicklungszusammenarbeit eine völlig andere Rolle einzunehmen hat und nicht auf überholte Ansichten privater Organisationen Rücksicht zu nehmen hat. Ich möchte also fordern, dass Familienplanung in sämtliche Projekte, die sich in irgendeiner Form mit dem Los der Familie befassen und von der Schweiz unterstützt werden, eingebaut wird; dies scheint mir im Hinblick auf die technische Zusammenarbeit ganz besonders wichtig. Es wurde schon einmal festgestellt, dass es in erster Linie die Männer sind, bei denen die Vermittlung von Familienplanung hapert, aus vielen Gründen: Machismo usw. Aber gerade darum muss man dort die Anstrengungen verdoppeln, verdreifachen. Denn diese Männer sind es ja heute noch zur Hauptsache, die in der technischen Zusammenarbeit das Know-how haben, die ausgebildet werden; und sie sind noch jung, d. h. im sexuell aktiven Alter. Und wenn sie keine Ahnung haben, was Aids ist und was sie mit Aids erwartet, können sie in zehn Jahren tot sein. Die gesamten Investitionen der technischen Zusammenarbeit, über die wir heute sprechen, wären vergeblich gewesen. Ich bitte daher unsere DEH dringend, dafür zu sorgen, dass Familienplanung und Aids-Aufklärung und -Information auch

19. September 1990 N 1423 Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe in den Projekten der technischen Zusammenarbeit ein Thema wird. M. Ziegler: Deux remarques d'introduction: premièrement, nous sommes 5 milliards d'êtres humains sur terre; 3,8 milliards vivent dans un des 122 pays du tiers monde et représentent les deux tiers de l'humanité vivant dans les pays du sud. Cette société planétaire est caractérisée par la structure d'inégalité fondatrice. L'année dernière, 16 pour cent de la population mondiale, selon la statistique de la Banque mondiale, ont consommé 62 pour cent de tous les biens produits comme vous le montre cet excellent message, et la situation ne cesse d'empirer. 0,4 pour cent de croissance du PNB dans les pays d'Afrique subsaharienne, par exemple, vous montre qu'entre démographie et croissance du produit national brut il y a maintenant une extraordinaire dissymétrie. Mon propos est de dire quelque chose d'hérétique. Après avoir écouté les collègues et lu le message, je connais le discours du Conseil fédéral: il est totalement faux. Ce que la plupart des collègues ont dit n'est pas très juste non plus. Aujourd'hui, le tiers monde est partie. Il n'est plus objet de domination. Tout le discours de la sociologie de l'impérialisme, tout le discours que nous avons tenu, nous, hommes et femmes de gauche, qui critique le phénomène impérialiste, ce discours est caduc. Le tiers monde n'est plus exploité par le monde industriel mais flotte comme un radeau quelque part dans un néant social. Si vous discutez avec M. de Pury, le négociateur suisse au GATT, il vous montre les statistiques du commerce extérieur suisse: il y a une chute libre de nos importations (matières premières agricoles, minérales, etc., sauf toujours le pétrole) provenant des 122 pays du tiers monde. Prenons comme exemple le sucre de canne: nous n'en importons presque plus car nous obtenons les betteraves à sucre gratuitement du

Marché commun. Autrement dit, tout le discours prioritaire, pour nous les hommes et les femmes de gauche sérieux - la droite est moins intéressante - que nous avons tenu donne la priorité à la fixation des termes d'échange de matières premières: les Stabe, les «buffet-stocks». Toute cette problématique, à savoir contrôler l'investissement privé suisse dans le tiers monde, tout cela est caduc parce que l'investissement suisse privé capitaliste dans le tiers monde recule d'une façon formidable. Les importations des biens produits ou qui ont poussé dans le tiers monde, sauf les fleurs du Maroc, reculent d'une façon formidable. Bref, cette unité négative du monde sur laquelle était basée toute la critique que nous formulions tous - René Dumont, Régis Debray, etc. - depuis vingt ans, cette part est caduque, brisée, elle n'existe plus. Il y a une nouvelle unité toute aussi négative, mais objective, du monde qui se constitue par le biais de l'environnement. Nous pouvons repousser, couper nos rapports de transferts de capitaux, de technologie, d'importations de matières premières, agricoles et minérales du tiers monde, même aux pires conditions, nous pouvons couper nos relations avec le tiers monde mais celui-ci reste présent sur la même planète. En massacrant 120000 hectares de forêt amazonienne par an, le gouvernement brésilien, qui est le deuxième gouvernement le plus endetté du monde parmi les 122 pays du tiers monde (132 milliards de dollars de dettes extérieures au 31 décembre dernier), en dévastant l'Amazonie, affecte très directement notre climat. Ceci est un exemple. Donc, l'unité négative du monde existe mais elle n'est plus construite telle que nous, hommes et femmes de gauche critiques à l'endroit de cette société planétaire, des termes d'échanges inégaux, etc., l'avons conçue jusqu'il y a très récemment. Il faut donc faire un effort théorique extraordinaire, balayer les anciens concepts, créer une raison analytique nouvelle. La question que je veux poser maintenant à M. Felber, conseiller fédéral, est la suivante: il y a eu en juin, à Londres - la Suisse y est allée, elle est très active et c'est bien - la conférence sur l'ozone. Il y aura au début de l'année prochaine la conférence à Genève sur le CO2, où les pays industrialisés vont forcer les pays du tiers monde, à cause de la question climatique toujours qui nous affecte ici - sécheresse en France tout à fait dramatique cet été - à adopter des programmes de protection de l'environnement extrêmement draconiens. Les pays du tiers monde n'en veulent pas: l'Inde a été virulente à Londres, le Brésil également. Ce que M. Felber va entendre à Genève dans quelques mois ne va pas être drôle à écouter pour un homme d'Etat d'Occident. Il nous faut un deuxième crédit-cadre pour prendre en charge les obligations qui découlent de ces nouvelles politiques mondiales consécutives au rapport de Londres sur la protection de l'environnement dans les pays du tiers monde, et pas seulement en ce qui concerne les produits tropicaux ou la lutte contre la désertification etc. Il serait catastrophique que les engagements que nous allons prendre à Genève dans quelques mois, dans le programme environnement des Nations Unies, soient prélevés justement sur ce crédit-là. Je pose une question double: premièrement, il faudrait que M. Felber puisse me donner l'assurance que les obligations contractées par la Suisse à la conférence sur l'ozone et celles qu'elle contractera nécessairement à la conférence sur l'environnement mondial à Genève, dans quelques mois, n'entameront pas ce crédit-cadre. La deuxième question: Ne pense-t-il pas, à l'instar de M. Cotti, conseiller fédéral, qu'il est urgent de présenter au Parlement un deuxième crédit-cadre qui serait aussi géré par vous et par M. Cotti et qui prévoit 2 à 3 milliards, sur quatre ans, et qui permettrait à la Suisse de participer aux programmes internationaux de lutte contre la dégradation dramatique de l'environnement dans les pays du tiers monde? Je le remercie de me répondre. M. Felber, conseiller fédéral: Permettez-moi tout d'abord de vous remercier de l'accueil que vous avez réservé au message du Conseil fédéral, de l'attention que vous avez accordée aux problèmes

qui y sont énumérés et de l'appui que vous nous donnez pour poursuivre notre aide et coopération au développement. La très grande pauvreté, voire la misère, dans laquelle vivent la majeure partie des femmes et des hommes du monde constitue indéniablement un des plus grands défis de notre temps. Notre sens de la justice nous conduit à agir pour remédier à cette situation. De plus en plus, des considérations d'ordre politique s'ajoutent aux considérations morales pour nous pousser à rechercher de vraies solutions à ces problèmes. On ne peut en effet imaginer un ordre international stable s'il n'y a pas de possibilité d'une vie digne pour chaque individu, quel que soit le pays où il doit vivre. L'ampleur croissante des migrations internationales provoquées par la violence, sans doute, mais aussi par la misère, constitue un facteur de déstabilisation auquel nous devons être sensibles. Le souci de l'équilibre écologique de la planète est encore, là aussi, une raison supplémentaire de notre engagement. Le message du Conseil fédéral, comme les réflexions livrées ce matin au cours de ce débat, ont prouvé à quel point le développement des pays pauvres est une tâche complexe et ambiguë. Nous sommes bien loin des illusions que nous avions il y a vingt ou trente ans, quand on pouvait penser que quelques projets de coopération technique bien exécutés, par de gentils experts enthousiastes, pourraient servir de modèles définitifs au développement de nos partenaires! Ce que nous avons tout d'abord appris, c'est qu'en aucune manière il ne saurait être question de transposer chez la plupart de nos partenaires des modèles, et surtout pas des modèles fondés sur des valeurs occidentales. Les sociétés en développement évoluent selon leurs propres choix, selon leurs propres valeurs culturelles. Dans ce sens, notre coopération au développement ne peut être conçue que comme un soutien à des initiatives de nos partenaires et non pas comme une exportation de nos recettes. Une autre leçon importante de l'expérience est que les instruments de la coopération au développement - en particulier la coopération technique et l'aide financière, qui font l'objet du message qui vous est soumis aujourd'hui - sont utiles et nécessaires mais ne suffisent pas à eux seuls à améliorer la situation des pays en développement. Nous constatons l'importance de la question interne des pays en développement, tant sur le plan économique que sur le plan politique ou social. Quant au soutien international, il doit porter sur l'ensemble

Coopération technique et aide financière 1424 N 19 septembre 1990 des relations Nord-Sud et notamment sur les relations financières et commerciales. Notre message met l'accent sur le problème des politiques et des structures nationales des pays en développement, qui souvent se sont révélées inadaptées. Souvent l'Etat s'est vu attribuer un rôle exagéré, qu'il n'est pas à même d'assurer. La crise économique des dernières années a contraint nombre de pays d'Afrique et d'Amérique latine à des réformes souvent douloureuses mais nécessaires et finalement salutaires. Les réformes économiques ont été accompagnées de réformes politiques permettant une meilleure application et une meilleure participation de la société civile au fonctionnement de l'économie et des institutions. Sur le plan international, il s'agit en tout premier lieu de trouver une solution adéquate à la crise de la dette, c'est-à-dire un véritable assainissement de la situation qui permette aux pays en développement affectés par cette crise de reprendre leur développement interrompu depuis plusieurs années. Pour chaque pays qui a entrepris les réformes internes nécessaires, il faut mesurer de manière réaliste la charge de la dette compatible avec une reprise de la croissance et pour le reste il faudra bien arriver à une remise effective de la dette. Il faut constater que les mesures prises jusqu'ici ne vont pas encore assez loin. Je salue donc l'initiative des oeuvres suisses d'entraide qui, par leur pétition déposée il y a quelques mois, ont permis d'attirer l'attention sur la dimension réelle du problème. En acceptant la proposition du Conseil fédéral d'ouvrir

un cré- dit-cadre, vous nous permettez de poursuivre et d'améliorer notre politique de coopération au développement. Nous au- rons certainement l'occasion de revenir sur des aspects de la coopération Nord-Sud qui vont au-delà de la coopération technique et de l'aide financière. Il s'agira plus particulière- ment de nous prononcer un jour sur les possibilités d'aider la communauté internationale à résoudre le problème de l'en- dettement. Je me bornerai à tenter encore d'apporter une réponse aux quelques questions qui nous ont été posées. En ce qui con- cerne tout d'abord le problème important de la coopération de l'aide financière dans les pays d'où proviennent des réfugiés, nous savons que la Suisse est confrontée à un afflux de plus en plus important et inquiétant de personnes qui, sans être des réfugiés au sens de notre loi sur l'asile - c'est-à-dire qu'elles ne sont pas menacées individuellement pour des rai- sons politiques, religieuses ou raciales - n'en sont pas moins poussées par des raisons graves à venir chercher refuge chez nous. Parmi ces raisons, certaines sont sans doute d'ordre économique: le chômage, la misère, la faim. Il est donc naturel que l'on se pose la question de savoir si on ne pourrait pas agir davantage sur place, dans les pays d'origine des demandeurs d'asile, ou créer des conditions permettant à ces personnes de vivre décemment, sans avoir besoin d'émigrer. Nous nous préoccupons de ce problème depuis longtemps déjà. Nous consacrons des ressources relativement importantes depuis de nombreuses années pour les réfugiés, surtout au moyen de l'aide humanitaire par le canal du CICR et du Haut Commis- sariat pour les réfugiés. Nous avons également commencé à agir sur le plan de la coopération au développement, contri- buant à donner dans certains pays une base économique aux réfugiés qui sont réunis dans ce que l'on appelle le pays de premier accueil - comme au Pakistan pour le cas des réfugiés afghans - ou bien même dans leur pays d'origine - comme au Sri Lanka. Il faut cependant éviter les illusions. Tout d'abord, il faut recon- naître qu'il est très rare que les situations soient uniquement de nature économique. Dans presque tous les pays d'origine des demandeurs d'asile en Suisse, il y a en plus d'une situa- tion économique difficile, un conflit ou une situation de conflits violents ou des violations des droits de l'homme. Prenons le cas assez exemplaire du Sri Lanka: avant la guerre civile, ce pays n'avait pas d'émigration notable. Chacun s'accordait à reconnaître que le Sri Lanka était une réussite dans la politique du développement, malgré un revenu par tête d'habitant évi- demment relativement bas. Les niveaux de santé, de nutrition et même d'éducation étaient très largement comparables à ceux des pays d'Europe. Telle était donc la situation avant la guerre civile et c'est au moment où la violence a éclaté que les Tamouls ont dû émigrer. Dans un tel cas, la solution ne peut être que politique. Toute l'aide au développement du monde ne résoudra pas ce problème particulier. Nous pourrions faire ainsi des remarques concernant plusieurs pays d'origine des demandeurs d'asile que nous voyons arriver en Suisse. Il faut aussi avoir à l'esprit la très grande dimension des problè- mes et ne pas s'imaginer que le simple déplacement de priori- tés de notre coopération au développement est suffisant. Pre- nons le cas de la Turquie: on sait qu'il faudrait créer environ 4 à 5 millions de postes de travail pour résoudre le problème du chômage et du sous-emploi. Quels sont les moyens de notre coopération au développement? Même en étant très efficace, elle peut créer un poste de travail avec un investissement de l'ordre de 10 000 francs. Cela signifie qu'avec un programme annuel de 30 millions de francs - ce qui pour notre coopéra- tion au développement est déjà un grand programme - nous ne pourrions créer chaque année qu'environ 3000 postes de travail. Voilà la réalité des chiffres et même si nous nous enga- geons dans cette voie, nous tenons à vous rendre attentifs aux difficultés que nous allons nécessairement rencontrer. En ce qui concerne la question de M. Rychen et du groupe UDC

à propos de l'aide à l'Inde, il est admis que cette dernière est traditionnelle dans le cadre de la coopération technique suisse. Il y a de très nombreuses années que des projets ont été élaborés en faveur de ce pays. Bien sûr, il s'agit d'un pays avec un secteur moderne extrêmement important. Mais c'est aussi un pays de profonde pauvreté, de plus de 800 millions d'habitants, avec une population parfois au seuil de la misère, sinon totalement dans la misère. Plus de 300 millions d'habitants en Inde vivent dans un état d'extrême dénuement. Nos actions en Inde s'adressent d'abord et surtout à cette population très pauvre. Nous aidons en Inde à créer des emplois dans le secteur de la soie; nous travaillons à travers des crédits ruraux accordant des garanties aux petits agriculteurs, de manière à ce qu'ils puissent améliorer leur rendement et leurs cultures; nous aidons et appuyons des programmes concernant le domaine de l'élevage de bétail, là aussi pour les plus pauvres et les plus petits agriculteurs qui sont d'ailleurs souvent situés dans le sud du pays. Voilà les raisons de l'aide à l'Inde, encore une fois, avec une image assez étonnante d'un pays moderne, voire développé et riche, mais d'un autre côté qui voit toute une part importante de sa population dans un état de pauvreté profond. La question que posait tout à l'heure M. Scheidegger concernant le projet «Nylon» à Douala, au Cameroun est une question qui nous préoccupe également. Nous y attachons de l'importance. Nous désirons que ce projet de marché, dans un quartier où l'on est en train d'assainir un bidonville, soit terminé. Pour nous, ce projet est donc important. En l'occurrence, il s'agit - me dit-on, Monsieur Scheidegger - d'une difficulté d'ordre politique et administratif. Un règlement de la ville n'a pas encore été adopté, c'est celui qui permettrait l'accès des pauvres de la ville de Douala à ce nouveau marché. C'est là que gît le problème, nous le connaissons donc déjà. Si vous le permettez, Monsieur le Président, j'aimerais déjà entrer dans la discussion de détail quant à la proposition de M. Spalti, conseiller national. J'ai entendu les porte-parole des groupes - que je remercie de leur soutien - déclarer d'ores et déjà qu'ils étaient prêts à accepter la proposition de M. Spalti. Celle-ci n'est pas gênante mais, à mon avis, elle est un peu superflue dans la mesure où, déjà actuellement, nous entreprenons de telles mesures dans certains pays. Cela a été par exemple le cas en Bolivie où nous avons engagé précisément des efforts pour substituer à la culture des plantes destinées à la fabrication de drogues, d'autres plantes. La difficulté de vouloir absolument obtenir la substitution de ces cultures tient à un autre élément qu'il ne faudrait pas oublier: en Colombie, avant la drogue, il y avait du café et c'est aussi parce que les prix du café se sont écroulés et qu'ils ne permettaient plus aux populations rurales de vivre, qu'elles ont remplacé le café par des drogues, la coca en particulier. Remplacer la coca oui, mais à condition de trouver un produit qui soit exportable et qui permette à ces populations de vivre. Nous n'allons pas nous battre sur la proposition de M. Spalti,

19. September 1990 N 1425 Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe nous n'allons pas lui faire de la peine, mais nous estimons que ce travail est précisément déjà entrepris aujourd'hui et que nous devons continuer d'étudier toutes les possibilités d'engager les moyens de la coopération au développement dans le sens d'une stratégie cohérente, à condition que les moyens, les projets, soient véritablement utiles à la solution recherchée. Persönliche Erklärung - Déclaration personnelle Dietrich: Es war zu erwarten, dass meine Äusserungen wegen der Präsenz der Journalisten zu Reaktionen führen würden. Ich möchte festhalten: Ich habe gesagt, es sei mir aufgefallen, dass während über einer Stunde diese Pressetribüne leer war. Ich habe den Journalisten lateinischer Sprachen gedankt für ihre Präsenz hier im Saal. Ich habe nicht gesagt, dass sich die Journalisten für das Geschäft nicht interessieren. Ich weiss auch, dass sie via Fernsehschirm die Arbeit hier verfolgen und

schreiben. Ich schätze und anerkenne diese Arbeit der Bundeshausjournalisten. Ich stelle aber fest, dass bei viel weniger gewichtigen Geschäften - wobei das auch wieder relativ ist - die Tribüne ganz anders besetzt ist. Man hat mir jetzt auch gesagt, man sei vielleicht auf der Tribüne, wenn besondere Vor- kommnisse zu erwarten oder zu registrieren wären. Kurt Tucholsky hat gesagt: «Wir alle sehen ja nur, was wir sehen wollen.» Wenn ich meine persönliche Sicht geben will: Ich erachte die Präsenz von Journalisten auf der Tribüne bei wichtigen Geschäften als einen Akt des Mitdabeiseins. So habe ich das verstanden. M. Felber, conseiller fédéral: Je vous prie de m'excuser car j'ai omis de répondre à la question posée par Monsieur le conseiller national Ziegler concernant les mesures qu'il faudrait prendre et les crédits qui seraient nécessaires pour convaincre les pays du tiers monde en particulier, comme on les nomme, de participer aux efforts de protection de l'environnement. Nous tenons à déclarer ici - c'est la réponse très précise à la question que vous nous avez posée, Monsieur le conseiller national - que nous n'allons pas utiliser les crédits qui sont prévus dans ce message pour répondre aux nouveaux besoins tels qu'ils sont été décrits dans la Conférence de Londres et pour la future conférence de Genève. Là, il y a des crédits d'ordre budgétaire, qui figurent au budget du Département de l'intérieur et du Département des affaires étrangères dans le domaine de la direction des organisations internationales, section protection de l'environnement. Nous n'utilisons donc pour la protection de l'environnement le crédit de coopération au développement que dans la mesure où nous le décrivons dans notre message, (convaincre la population, reforestation, etc.). Pour les grands projets, il s'agit de crédits différents. Actuellement, le problème d'un crédit-cadre général pour convaincre les pays les plus pauvres de participer à l'effort planétaire en faveur de la protection de l'environnement n'a, à ma connaissance, pas été envisagé, mais c'est un problème que nous retenons. Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung - Discussion par articles
Titel und Ingress, Art. 1 Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Titre et préambule, art. 1 Proposition de la
commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Angenommen - Adopté
Art. 2 Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Antrag Spalti Bst. d (neu) d. Beiträge an die
Substitution des Drogenanbaus und an Organisationen,
die sich entwicklungspolitisch im Kampf gegen Drogen
einsetzen. Bst. e Die bisherige Buchstabe d wird
Buchstabe e. Art. 2 Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Proposition Spalti Let. d (nouvelle) d. Des contributions
en faveur de productions de substituant aux cultures
de stupéfiants ainsi qu'aux organisations qui s'emploient
à lutter contre la drogue dans les pays du tiers monde.
Lete L'actuelle lettre d deviendrait lettre e.
Spalti: In der vorliegenden Botschaft ist der Bundesrat
auf grundlegende Aspekte der Entwicklungspolitik
eingegangen, auf die operativen und organisatorischen
Dimensionen ebenfalls. Oekologische Fragen, die
Stellung der Frau in den Entwicklungsländern, die
vielfältigsten gesellschafts-, gesundheits- und
entwicklungspolitischen Bereiche sind angesprochen
worden. Ich glaube, für jedermann, der diesen Bericht
gelesen hat, war es ein sehr aufschlussreicher Bericht.
Meines Erachtens ist aber in der jetzigen Vorlage ein
wesentlicher Aspekt etwas wenig behandelt worden,
der auch strukturelle Schwächen und Fehlentwicklungen
betrifft. Verschiedene Entwicklungsländer wie
Kolumbien, Peru, und Länder im «goldenen Dreieck»
sind hauptlastig in die Drogenproduktion involviert.
Ihre Landwirtschaft und ihre volkswirtschaftlichen
Strukturen sind sehr stark auf die Erträge aus dem
Anbau von Drogen ausgerichtet, und grosse
Bevölkerungskreise bauerlicher Regionen sind auf
diese Einkünfte angewiesen. Allein in Bolivien,
Peru und

Kolumbien, die ja zum Teil von dieser Vorlage auch profitieren sollen, sind weit über eine Million Einwohner direkt vom Drogenanbau abhängig. Von denen, die indirekt abhängig sind, spreche ich jetzt gar nicht. In anderen Entwicklungsländern bestehen ähnliche Verhältnisse. Es wird der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit immer wieder vorgeworfen, unser Land ziehe aus den eingesetzten Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit umfangreiche eigene Vorteile. Da kann man doch gerade sagen, dass im Zusammenhang mit dem Drogenanbau hier eine Möglichkeit bestünde, deren Nutzen wahrscheinlich auch dem lautesten Ideologen ins Auge springen müsste. Es geht um die Bekämpfung des Drogenanbaus mit der entsprechenden Förderung landwirtschaftlicher Projekte und mit Hilfe der Substitution durch landwirtschaftliche Produktion. Es soll gelingen, die Umstrukturierung einer Agrarproduktion zu erreichen und somit bereits eine notwendige Abwehrfront in den Anbauländern selbst zu errichten, deren Drogenprodukte die westeuropäischen Industriestaaten in einem gefährlichen Ausmass überfluten. Das muss - ich sage: auch - neben vielen anderen ein Ziel einer effizienten Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sein. Die lawinenartige Ausbreitung der Heroinproduktion in Südamerika und Südostasien ist eine vitale Bedrohung nicht nur für alle zivilisierten und industrialisierten Staaten dieser Welt, sondern immer mehr auch für unser eigenes Land. Es steht ausser Zweifel, das bestätigen auch Entwicklungsexperten, dass viele Bauern bereit wären, auf andere Kulturen umzusteigen, wenn ihnen Unterstützung, Preis- und Abnahmegarantien gewährt und somit Absatzkanäle und die wirtschaftliche Existenz ihrer Familien gewährleistet würden. Deshalb wäre es meines Erachtens angebracht, in dieser Vorlage einen wichtigen Punkt einzubringen, nämlich die Erkenntnis, sinnvolle Entwicklungshilfe mit dem Kampf gegen den Drogenanbau zu verbinden und Substitutionsprojekte zu unterstützen, die zur Produktion von Nahrungsmitteln geeignet sind.

Coopération technique et aide financière 1426 N 19 septembre 1990 Gerade die Schweiz, die ja selbst vom Kokainkonsum immer stärker betroffen wird, hätte hier eine grosse Verantwortung wahrzunehmen. Es wäre ja auch politisch falsch, die ganze Verantwortung des Kampfes gegen Drogen auf die ändern, z. B. die USA oder die Uno-Institutionen, zu laden und diese allein den Abwehrkampf, vor allem auch im entwicklungs- und agrarpolitischen Bereich, führen zu lassen. Kokain- und Heroinproduktion können ohne Zweifel weltweit durch sinnvolle wirtschafts- und entwicklungspolitische Massnahmen wesentlich reduziert werden. Das wurde soeben auch von seiten des Bundesrats bestätigt. Es braucht aber den politischen Willen, und deshalb muss es irgendwo schriftlich fixiert sein. Es braucht die entwicklungspolitische Umsetzung durch alle Industrienationen, auch die Schweiz. Es dürfte eine Tatsache sein, dass die billigste Drogenbekämpfung der Ersatz der Koka- und Mohnkulturen in den Anbauländern Südamerikas und Asiens ist. Wir als Nation könnten ein Beispiel einer integralen Entwicklungszusammenarbeit verwirklichen, indem Bund, Kantone, Gemeinden und private Institutionen als Partner ihre Erfahrungen und Dienstleistungen für eine wirksame Lösung des Problems einsetzen können. Wir würden nicht nur einen bedeutenden Beitrag leisten, um hier wie dort menschliches Elend und Leid weltweit zu mindern, sondern zugleich auch mithelfen, die Bevölkerung solcher Staaten - das ist ja auch ein Ziel der Entwicklungshilfe - freier und unabhängiger zu machen, ihnen ihr Selbstwertgefühl und die demokratischen Verhältnisse, die durch die kriminellen Drogenorganisationen zerstört worden sind, zurückzugeben. Es gibt bereits sehr schöne Beispiele für solche Substitutionsaktionen. Beispielsweise nenne ich das Projekt Alto Huallaga in Peru, wo als Alternative zum Drogenanbau erfolgreich auf

Milchproduktion umgestellt werden konnte. Also: Eine verstärkte Ausrichtung unserer entwicklungspolitischen Massnahmen auf solche Zielsetzungen hin ist durch die Umstände gegeben. Mein Antrag möchte gar nichts anderes, als dass diese Idee im Sinne einer Erwähnung im Bundesbeschluss unterstrichen wird. Wenn die Bereitschaft, das zu tun, ja schon vorhanden ist, dann dürfen und sollen wir das auch für die nächste mittelfristige Periode festhalten. Ich will mit meinem Vorschlag - das sehen Sie auch, wenn Sie ihn lesen - den ständigen Stellen des Bundes nach wie vor jede Freiheit in der Wahl der Projekte offen lassen. In diesem Sinne wäre diese Ergänzung des Bundesbeschlusses von der Grundidee her zweckmässig, und ich möchte Sie bitten, ihr-vielleicht über die Parteigrenzen hinweg, aber von der Sache her-zuzustimmen.

M. Ziegler: La proposition de M. Spalti est excellente et la réponse donnée tout à l'heure par M. Felber, par anticipation dans la discussion générale, n'est pas fondée. Le Conseil fédéral se réfère là aux seuls programmes qui sont en activité aujourd'hui au Pérou, en Equateur, en Bolivie et en Colombie, c'est-à-dire aux programmes américains bilatéraux de la Drug Enforcement Administration. Or, les quatre gouvernements, dont deux membres de l'Internationale socialiste (Bolivie et Equateur), ont refusé à plusieurs reprises la prolongation au-delà de 1991 de ces programmes, car ce sont des programmes d'occupation territoriale avec appui militaire. En même temps que certains agents de la DEA luttent contre les plantations de la drogue, les trafiquants et les laboratoires et essaient d'introduire des produits de substitution, ils luttent contre les syndicalistes de la réforme agraire, contre les occupations de terres et souvent contre la guérilla légitime dans plusieurs de ces pays, notamment en Colombie. Il est donc nécessaire que les pays européens occidentaux neutres prennent cette affaire en main et non seulement dans les quatre pays cités qui sont les principaux planteurs et fournisseurs de coca, mais aussi dans les pays qui n'ont pas été nommés par M. Spalti, là où la morphine de base se constitue, essentiellement le Liban, la plaine de la Beqaa. Je dirai encore une chose que tout le monde connaît, mais qu'il faut rappeler à cette tribune: la Suisse est le pays industrialisé qui, par tête d'habitant, a eu l'année dernière le plus haut taux de morts par overdose. Nous sommes ravagés par la mort blanche et nous avons donc un intérêt très personnel et immédiat à nous joindre à la lutte ou même, pour une fois, à prendre une initiative par la constitution d'un programme neutre, efficace, d'introduction de cultures de substitution (le financement) dans les quatre pays d'Amérique latine et les deux pays du Moyen-Orient qui sont particulièrement touchés par la cocaïne et l'héroïne et à diversifier notre coopération technique dans ce sens. Une dernière remarque tout à fait personnelle. Je regrette infiniment que le Conseil fédéral ait refusé au seul président qui aurait vraiment besoin d'une visite d'Etat en Suisse, à notre ami et camarade de l'Internationale socialiste, Jaime Paz Zamora, président de la République de Bolivie, la faveur d'une invitation en Suisse. Le président bolivien aurait infiniment aimé discuter de ces problèmes avec le Conseil fédéral et demander l'aide de la Suisse. En tant qu'ancien étudiant, il est très lié à notre pays. Or, le Conseil fédéral a préféré inviter Mme Thatcher. J'espère que notre gouvernement pourra un jour rattraper l'erreur qu'il a commise.

Frau Grendelmeier: Ich kann mich leider der Ansicht, die vorhin geäussert wurde, nicht anschliessen. Das Gegenteil von «gut» ist nicht «schlecht»; das Gegenteil von «gut» ist «gut gemeint». Es ist zweifellos so, dass das Drogenproblem in den Entwicklungsländern, vor allem von Südamerika, ein immer schwieriger zu lösendes wird. Ich glaube nicht, dass wir nun - so wie es Herr Spalti vorschlägt - mit einem Beitrag, den wir von dieser ohnehin kleinen Summe abzweigen müssen, Unterstützungsprogramme zur Substitution der Drogen finanzieren können. Glauben Sie, Herr Ziegler und Herr Spalti, wenn das möglich

wäre, dann hätten die Leute, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten mit dem Drogenproblem herumschlagen, auch auf internationaler Ebene, längst einen Weg gefunden, wie man substituieren kann, d. h. wie man einen Ersatz für das - wie Herr Felber gesagt hat - unendlich viele Geld, das die Leute für die Drogen bekommen, finden kann. Diesen Ersatz gibt es nicht, es gibt keine Kartoffeln, keine Tomaten, kein Korn, nichts, was soviel Geld bringt, dass tatsächlich eine Substitution möglich wäre. Hätte man das schon gefunden, müssten wir gar nicht mehr darüber reden, und ein grosser Teil des Drogenproblems wäre gelöst. Ich wehre mich etwas dagegen, dass man diesen kleinen Betrag, den wir nun heute sprechen, diese 825 Millionen Franken pro Jahr für so viele anstehende Projekte, jetzt auch noch für ein solches Programm verwendet. Ich bin der Meinung, wir müssten das aus diesem Programm herausnehmen, und ich möchte Herrn Spalti raten, einen neuen Antrag zu stellen, einen Kredit zu verlangen, um dieses Problem der Substitution zu erforschen. Bitte nicht letztlich indirekt den Drogenbossen das Geld noch nachschmeissen! Denn substituieren werden wir es mit diesen wenigen Franken, die wir dafür erübrigen können, bestimmt nicht. Ich bitte Sie, diesen Antrag von Herrn Spalti abzulehnen, so gut er gemeint ist. Wie gesagt, das Gegenteil von «gut» ist «gut gemeint». BUNDI, Berichterstatter: Herr Spalti beantragt eine Ergänzung zum Bundesbeschluss. Er möchte festhalten, dass auch Beiträge vorzusehen seien für die Substitution des Drogenanbaus oder für Organisationen, die sich entwicklungspolitisch im Kampf gegen Drogen einsetzen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass das Anliegen von Herrn Spalti grundsätzlich gerechtfertigt ist. Tatsächlich wäre es viel besser, wenn das Drogenproblem an der Wurzel, d. h. beim Angebot, konkret beim Anbau, bekämpft werden könnte. Nun gibt es leider keine einfachen Rezepte hierzu. Die Frage ist zum Beispiel, wodurch der Drogenanbau ersetzt werden sollte. Traditionelle Produkte wie zum Beispiel Kaffee vermögen wegen der tiefen Weltmarktpreise keine echten Alternativen darzustellen - Herr Bundesrat Felber hat darauf hingewiesen. Trotzdem ist es sicher wichtig, dass im Rahmen der Entwicklungshilfe gerade in Ländern wie Bolivien oder der Türkei, wo die Schweiz sehr stark engagiert ist, der Anbau neuer Produkte gefördert wird. Die Direktion für Entwicklungshilfe bemüht sich, zusammen

19. September 1990 N 1427 Interpellation Aubry mit der Uno, mit privaten Hilfswerken, aber auch bilateral, dem Problem ihre Aufmerksamkeit zu schenken, obwohl dies nicht explizit in der Botschaft erwähnt ist. Persönlich wünsche ich, dass die DEH in einer künftigen Botschaft auch einen Abschnitt dem Sektor Drogenanbausubstitution widmet, so wie sie das in der vorliegenden Botschaft betreffend Aids-Bekämpfung im Rahmen des Sektorprogramms Gesundheit getan hat. Es stellt sich die Frage, ob das Anliegen von Herrn Kollege Spalti - eines neben vielen, das von der Sache her sicher begründet ist - unbedingt in diesen Bundesbeschluss hineingehört. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat nicht speziell über dieses Problem gesprochen. Es lag dort auch kein entsprechender Antrag vor. So kann ich nur tendenziell für die Kommission sprechen. Was gegen diese Verankerung spricht, ist, dass wir eine neue Differenz zum Ständerat schaffen. Dazu kommt - das dürfen wir auch sagen -, dass Herr Spalti vor drei Jahren hier auch im Zusammenhang mit einem solchen Rahmenkredit einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht hat. Sein Antrag ist damals vom Rat abgelehnt worden. Es wäre zu prüfen, ob dem Anliegen von Herrn Spalti nicht mit einer Motion zum Durchbruch verholten werden könnte, so wie es auch Frau Grendelmeier angetönt hat; damit könnte der gesamte Fragenkomplex besser geklärt werden. Ich kann hier nicht eine eindeutige Meinung der Kommission wiedergeben, aber wir neigen eher dazu, das jetzt nicht im Bundesbeschluss zu

verankern und das Anliegen eher im Sinne einer Motion vorzutragen. M. Grassi, rapporteur: Le problème soulevé par la proposition de M. Spalti n'a pas été examiné par la commission. Personnellement, je me rallie à l'idée que ce problème est extrêmement important et nous préoccupe tous. Il est important, aussi bien pour les pays du tiers monde que pour les pays industrialisés, tant pour notre génération que pour les générations futures. Il revêt une dimension internationale. L'apport de la Suisse, toutefois, est limité et pourrait se perdre dans l'amplitude du problème. Mais, comme l'a relevé M. Felber, conseiller fédéral, notre pays a déjà tenté de reconvertir la culture de coca et de pavot en Amérique latine, ce qui fait partie du programme de coopération technique. Cependant, les organisations internationales sont principalement appelées à apporter une solution à la suppression d'une telle production, par le biais de contributions de substitution versées aux cultivateurs afin de lutter contre les trafiquants. La proposition Spalti pourrait trouver sa place dans les indications figurant aux lettres c et d de l'arrêté fédéral. La mentionner sous une lettre spéciale soulignerait l'importance que nous attribuons à la lutte contre la drogue. Il appartient donc au Conseil fédéral de déterminer quand et comment il entend inclure ce problème dans le programme de la coopération technique et de l'aide humanitaire. Selon le président de notre commission, M. Spalti avait déjà présenté une proposition analogue il y a trois ans. A ce moment-là, par 69 voix contre 40, nous avons jugé inutile d'ajouter cette précision à l'arrêté fédéral. Depuis lors, rien n'a changé, je vous invite donc à rejeter la proposition de M. Spalti. M. Felber, conseiller fédéral: Si nous analysons le texte de l'arrêté que vous vous apprêtez à voter, nous constatons que la lutte contre la drogue et la proposition de M. Spalti seraient le seul exemple concret d'action introduite dans cet arrêté. Or, une logique de la technique législative est à respecter, puisque l'arrêté est élaboré et rédigé de façon très générale. En l'occurrence, il contiendrait seulement une nuance concernant un objet. Nous ne vous cachons pas que cela pourrait être le début d'une inflation, chacun désirant voir figurer expressément dans un arrêté de portée générale une série de mesures concrètes et particulières. C'est la raison pour laquelle, tout en étant d'accord avec la préoccupation exprimée par M. Spalti, nous estimons que cette modification ne devrait pas figurer dans l'arrêté.

Abstimmung - Vote Für den Antrag Spalti 72 Stimmen Dagegen 38 Stimmen Art. 3 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen-Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Beschlussentwurfes 125 Stimmen (Einstimmigkeit) Abschreibung - Classement Antrag des Bundesrates Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 1 der Botschaft Proposition du Conseil fédéral Classer les interventions parlementaires selon la page 1 du message Angenommen - Adopté An den Ständerat-Au Conseil des Etats #ST# 90.536

Interpellation Aubry Hungersnot in Nordvietnam Famine dramatique au Vietnam du Nord Wortlaut der Interpellation vom 7. Juni 1990 Ich frage den Bundesrat, ob er nicht der Provinz Nghe Tinh im Norden von Vietnam dringliche Nahrungsmittelhilfe gewähren könnte. Laut der asiatischen Presse leiden mehr als 1,2 Millionen Vietnamesen in dieser Provinz Hunger. Nicht nur die Wirbelstürme, die die Ernten zerstört haben, sondern auch Verantwortungslosigkeit der Behörden und Korruption haben zu dieser für die Bevölkerung dramatischen Situation geführt. Der Rahmenkredit für Nahrungsmittelhilfe sollte es erlauben, sofort zu intervenieren, bevor Tausende von Personen vor Hunger sterben oder ihre Gesundheit verlieren. Kontakte mit der Regierung in Hanoi sowie die Entsendung von Delegierten, die an Ort und Stelle Ueberwachungsfunktionen wahrnehmen, sollten es ermöglichen, dieser Provinz Nahrungsmittelhilfe zu gewähren.

Die Getreidevorräte unseres Landes sollten eine solche Geste zulassen. Texte de l'interpellation du 7 juin 1990 Je demande au Conseil fédéral s'il ne peut accorder une aide alimentaire urgente à la province Nghe Tinh au Nord du Vietnam. D'après la presse asiatique, plus d'1,2 million de Vietnamiens de cette province souffrent de la faim. Non seulement des cyclones ont détruit les récoltes, mais le manque de responsabilité des autorités et la corruption ont conduit à cet état dramatique pour la population. Le crédit-cadre à l'aide alimentaire devrait permettre d'intervenir de toute urgence avant que des milliers de personnes soient mortes de faim ou y laissent leur santé.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe Coopération technique et aide financière In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1990 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 03 Séance Seduta Geschäftsnummer 90.018 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 19.09.1990 - 08:00 Date Data Seite 1413-1427 Page Pagina Ref. No 20 018 963 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.